

Bürgerinitiative Sonne-Areal
Sprecher Dr. Raimund Klein
Obermatten 34
79194 Wildtal
Tel.: 0761/52964
www.sonne-wildtal.de

Sehr geehrte Frau Staatsrätin Erler,

seit Antritt der grün – roten Regierung in Baden – Württemberg haben wir oft von der neuen Politik des Gehörtwerdens gelesen, versehen mit der Fußnote, dass nicht jedes Gehörtwerden auch zu einem Erhörtwerden führen könne, und wir meinen, dies verstanden zu haben und auch zu akzeptieren. Dennoch sind wir auf Grund der Erfahrungen, die wir in dieser (und der vergangenen Zeit) mit Behörden und Politikern aller Couleur gemacht haben, zutiefst enttäuscht, weswegen wir uns an Sie wenden.

Wir möchten nicht alle Einzelheiten, die in unserem Anliegen von Bedeutung sind, mitteilen , sondern Ihnen nur einen kurzen Überblick geben; wir können aber jederzeit ausführlicher informieren – sei es schriftlich, telefonisch oder auch persönlich - und Ihnen sachdienliche Unterlagen jeder Art zukommen lassen. Wir weisen auch in diesem Zusammenhang für weitere Informationen auf unsere Homepage www.sonne-wildtal.de hin, auf der Sie bei Bedarf Material in Fülle finden.

Wir haben im Oktober 2009 eine Bürgerinitiative gegründet, um ein ortsbildprägendes Ensemble, bestehend aus einem Gasthof, der aus dem 16. Jahrhundert stammt, und eine etwa 100 jährige dazu gehörende Scheune zu erhalten und einer **gemeinnützigen** Verwendung zuzuführen, was von bedeutenden Architekten und Denkmalschützern aus ganz Deutschland befürwortet wurde. Das Ensemble, im Folgenden „Sonne – Areal“, ist mit dem umliegenden Gelände (11000 qm) für ca. 130 Euro/qm von einem Investor erworben worden. Der Preis für Bauland beträgt in Wildtal ca. 600 Euro/qm. Auf dem Gelände will der Investor fünf 3 bis 4 stöckige Häuser mit Eigentumswohnungen errichten. Als dies zu Beginn des Jahres 2008 durchsickerte, wurde die Gemeinde noch im Januar dieses Jahres - versehen mit einer Unterschriftenliste von ca. 200 Unterschriften - gebeten, die Bürger mit an der Planung dieses für den Ortsteil Wildtal sensiblen und ortsbildprägenden Geländes teilhaben zu lassen. Dies wurde von den Fraktionen des Gemeinderates zum Teil mit großem Pathos zugesagt, aber in keiner Weise eingehalten, und im Oktober 2009 wurde die fertige Planung vorgelegt, die ca. 40 hochpreisige Wohnungen vorsieht. Trotz des Protestes zahlreicher Bürger und einer umfangreichen Unterschriftensammlung im Jahre 2010 (576 Unterschriften bei ca. 1200 Wahlbürgern in Wildtal, allerdings nicht alle Unterschriften aus Wildtal) hat die Hauptgemeinde Gundelfingen mit einer Gemeinderatsmehrheit von CDU, SPD, FDP und Freien Wählern massiv die Interessen des Investors unterstützt. Als Gegenleistung hat sie von diesem einen Infrastrukturbeitrag von 1,8 Mil. Euro gefordert und akzeptiert, dass dieser in Sachleistungen erbracht werden konnte, die in der Öffentlichkeit als Geschenke ausgegeben wurden. Dazu gehört auch die Errichtung eines sog.

Bürgerhauses, zunächst in Höhe von **900.000** Euro, nach weiteren baulichen Zusätzen dann mit **840.000** Euro beziffert! Einzige Unterstützer im Gemeinderat waren die Gemeinderatsmitglieder der Grünen, die in dem Vorgehen der Gemeinderatsmehrheit einen eklatanten Verstoß gegen Bürgerinteressen, Denkmalschutz und Naturschutz zu Gunsten rein kommerzieller Interessen sahen und sich äußerst engagiert einsetzten. Die Bürger Wildtals dankten es ihnen mit dem unerwarteten hohen Ergebnis von ca. 40% für sie bei der letzten Landtagswahl, weit über ihrem Ergebnis in der Hauptgemeinde (34%).

Anzumerken ist noch, dass das historische Gebäude „Gasthof Sonne“ bis 1991 unter Denkmalschutz stand und die für den Denkmalschutz 1974 benannten Merkmale sich nicht verändert hatten. Es ist bis heute nicht erkennbar, dass von der Gemeinde oder dem Denkmalschutz aktiv Maßnahmen für die Erhaltung der Denkmaleigenschaft der „Sonne“ gemäß des Denkmalschutzgesetzes unternommen wurden. Als anwaltlich nach Akteneinsicht zur Aufgabe des Denkmalschutzes ersucht wurde, hieß es zunächst, die Akte sei nicht auffindbar und später, dass keine Einsicht gewährt werden muss und nicht gewährt werde.

Alle Behörden – Landratsamt Regierungspräsidium, Justizbehörden - urteilten nur zu Gunsten der Gemeinderatsmehrheit und des Investors, teilweise mit einer Nachlässigkeit, die einem die Schames – und Zornesröte ins Gesicht treibt. So wurde unsere Bitte um eine juristischen Prüfung des unangemessen hohen Infrastrukturbeitrages, der weder in einem ursächlichen Zusammenhang mit der vorgesehenen Bebauung steht noch eine Folge davon ist, von der Generalstaatsanwaltschaft in Karlsruhe abgelehnt, ohne dass diese auch nur die einander kontrovers gegenüberstehenden Parteien korrekt benannt hätte. Wie intensiv hat sie sich wohl mit unserem Anliegen befasst?

Unsere ärgste Enttäuschung bezieht sich jedoch auf den Petitionsausschuss. Bereits unter der Leitung von Herrn Wölfler wurde unsere Bitte um Überprüfung des Bauvorhabens abgelehnt, wobei nur die Sichtweise der Gemeinde gewertet wurde, nie die der Bürger. Stets war die Gemeinde **vor** uns informiert. Auf das Engagement von Herrn Mdl. Pix hin befasste sich der Petitionsausschuss nochmals mit unserer Petition, tagte sogar am 25.1.2012 hier vor Ort, allerdings eine reine Schauveranstaltung, wie wir im Nachhinein sagen müssen, lehnte wieder ab, ohne auf das umfangreiche Material auch nur mit einem Wort einzugehen, ohne Nachfragen zu stellen, diesmal mit der Aussage, man habe nach der Entscheidung durch Herrn Wölfler nichts mehr ändern können bzw. es habe Weisung vom MIV gegeben, unsere Petition abzulehnen (Mdl. Frau Böhlen). Wir hatten nicht gewusst, dass der Petitionsausschuss weisungsgebunden ist. Die Gemeinde verbreitete, unsere Petition sei einstimmig abgelehnt worden, also auch von den Landtagsmitgliedern der Grünen, die doch vorgaben, uns zu unterstützen.

Unser Anwalt hat auf Grund dieser Aussagen um Akteneinsicht beim Petitionsausschuss gebeten, die ihm aber bis heute verweigert wird. Ist das die neue Transparenz? Wir sehen es als Zeichen von Schwäche und Vertuschung an, um nicht von Unredlichkeit zu sprechen.

Zur Aufstellung des Bebauungsplans am 27.9.2010 wie zu seinem Vorentwurf hat es Einsprüche – zum Teil hochqualifiziert - in einer solchen Fülle gegeben, dass ihre Aufzählung in der Gemeinderatssitzung vom 24.2.2011 allein 4 Stunden in Anspruch nahm, obwohl dann dort, wie bei der Volkskammer, jeder Einspruch ohne Diskussion von den oben genannten Parteien im Sinne des schon zuvor verkündigten Endergebnisses abgelehnt wurde. Die Bearbeitung von Einsprüchen von Angrenzern gegen den Bau der „Sonne – Attrappe“ mit ihren Folgen für die Nachbarschaft wurde vom Regierungspräsidium Freiburg nicht bearbeitet. Wir wurden allerdings von einem dortigen Mitarbeiter darauf hingewiesen, dass wir wegen Untätigkeit klagen könnten. Mittlerweile ist ein Antrag auf vorläufigen Rechtsschutz in 2. Instanz abgelehnt worden, dem sich nun das Regierungspräsidium ohne weitere Begründung anschließt, allerdings mit einer Rechnung von 150 Euro pro Einspruch. Wir zahlen durchaus unsere Steuern und empfinden es so als Hohn.

Nicht korrekte Behauptungen des Bürgermeisters im Amtsblatt, z.B. in Bezug auf die Baufälligkeit der Gebäude wurden nicht richtig gestellt. Im Übrigen durften keinerlei Stellungnahme unsererseits im Amtsblatt veröffentlicht werden, wohl aber so einiges Falsche und Bedenkliche gegen uns.

Wir haben gelernt: Eine Instanz beruft sich auf die andere; die Gemeinde auf das Landratsamt, das Landratsamt auf das RP, das RP auf Mannheim oder den Petitionsausschuss, dieser sich wieder auf die Gemeinde. „Eine Hand wäscht die andere“. Das Wort kafkaesk hat für uns eine umrissene Bedeutung angenommen.

Unser Vertrauen in funktionierende demokratische Strukturen, in denen Kontrollorgane unabhängig die Exekutive überprüfen, ist zutiefst erschüttert. Wen könnten wir noch wählen? Wir erleben mit Blick auf die Baustelle im Ort täglich, wie Vertrauen in die Demokratie, in kulturelle und schöpferische Werte einem brutalen Kommerzdenken geopfert werden. Um mit Herrn Wölfler zu sprechen: kein Unterschied zu den Schwarzen. Aus dieser Sorge heraus möchten wir Sie über unsere Erfahrungen unterrichten, ohne allerdings allzu viel Hoffnung daran mehr knüpfen zu können.

Eine Kopie dieses Schreibens geht an die Frau Regierungspräsidentin Frau Bärbel Schäfer in Freiburg

Mit freundlichen Grüßen

Für die Bürgerinitiative „Sonne – Areal“

Raimund Klein

PS.: Unterlagen zu unserer 1. Petition sind nicht auf unserer Homepage. Bei Interesse können wir diese Ihnen zukommen lassen, insbesondere unsere Zusammenstellung an den Petitionsausschuss zur Vorbereitung seines Erscheinens hier am 25.1.2012. Eine Antwort darauf haben wir nie erhalten.

Zur Zeit ist noch eine weitere Petition ausstehend, in der es um mehr Verkehrssicherheit und besseren Brandschutz geht (Petition 15/01912). Diese fügen wir bei. Bei Bedarf kann die Stellungnahme des Fachbereiches Verkehr des Landratsamtes Breisgau/Hochschwarzwald nachgereicht werden oder ist direkt vom Petenten erhältlich. Es wird jedoch von uns angenommen, dass dieser Fachbereich den Opportunitäten entsprechend seine Stellungnahme abändern wird.